

Hintergrund: Die Novelle des Personenbeförderungsgesetzes 2021:

Anträge der Opposition im Deutschen Bundestages

5.3.2021, von Gerrit Schrammen, Verkehrsreferent der Linksfraktion

Eine Übersicht über alle Anträge, die am 5.3.2021 im Bundestag abschließend abgestimmt wurden, findet sich auf der Seite des Bundestages. Darin werden das Gesetz und die Anträge alle auch kurz vorgestellt, mit den entsprechenden Links: [Deutscher Bundestag - Bundestag stimmt über Reform des Personenbeförderungsrechts ab](#)

Die beschlossenen Anträge der Koalition finden sich nur auf der Hauptseite, hier werden nur ergänzend die allesamt abgelehnten Anträge der vier Oppositionsfraktionen dargestellt. Die Anträge an den Bundestag sind allesamt auf der obigen Seite verlinkt, die Anträge an den Verkehrsausschuss sind allesamt in der sog. Beschlussempfehlung (BE) enthalten: [1927288.pdf \(bundestag.de\)](#)

DIE LINKE

Wir, DIE LINKE, haben drei Anträge ins Parlamentarische Verfahren eingebracht. Den ersten bereits im Mai 2019, als die ersten Eckpunkte des BMVI bekannt wurden: [19/26173 \(bundestag.de\)](#) Damals haben wir zum Schutz des Taxi-Gewerbes eine Regulierung der Pooling-Dienste gefordert und verlangt, dass diese ausschließlich als Teil beziehungsweise zur Ergänzung des ÖPNV zugelassen werden sollen. Zudem haben wir soziale Standards für das Mietwagengewerbe und bei gebündelten Bedarfsverkehren verlangt.

Unseren zweiten Antrag haben wir nach Verabschiedung des Gesetzes durch das Kabinett geschrieben und diesen zur 1. Lesung im Bundestag dazugelegt (zusammen mit einem der FDP). Darin haben wir ausführlich die Hauptkritikpunkte benannt und die wichtigsten Forderungen gestellt. Diese sind natürlich im Hauptteil enthalten, zudem ist der Antrag hier dargestellt: [NACHHALTIG LINKS - Keine Schlupflöcher für Uber & Co – Mietwagen wirksam regulieren \(nachhaltig-links.de\)](#).

Um noch ein weiteres „Zeichen“ zu setzen haben wir uns dann kurzfristig nach der Anhörung entschlossen, einen kleinen Änderungsantrag (19(15)465) einzureichen (BE, S. 26. Darin haben wir zwei Punkte aus den Empfehlungen der Ausschüsse an den Bundesrat aufgegriffen (also abgekupfert ☺), die es nicht in den Beschluss des Bundesrates „geschafft“ hatten. Der erste forderte die Einführung einer allgemeinen Klausel zur Sozialverträglichkeit des Gesetzes analog der "Umweltverträglichkeit", die im § 1a neu eingeführt werden soll, wodurch es eine Handhabe geben sollte, dass sich die Entscheidungen der Behörden auch an der sozialen Verträglichkeit orientieren müssen, nicht nur an der Umweltverträglichkeit (bzw., durch die Änderung, an „Klimaschutz und Nachhaltigkeit“). Dies wäre zwar kein wirklich scharfes Schwert gewesen, aber ein kleiner Fuß in der Tür. Die zweite Forderung bezog sich auf das wichtigste Instrument gegen Mietwagenverkehre, die Einführung der Möglichkeit eine Vorausbuchungsfrist für Mietwagen durch die Genehmigungsbehörden, wie sie auch in den Stellungnahmen und der Anhörung von vielen diskutiert wurde.

Abstimmungsverhalten: Grüne haben sich zu unserem Antrag und dem Änderungsantrag (ÄA) nur enthalten, obwohl die übernommenen Punkte des ÄA aus grünen Landesministerien stammten und Winfried Hermann, Verkehrsminister BaWü, im Bundesrat wohl angekündigt hatte, wegen der Vorausbuchungsfrist einen „Aufstand“ machen zu wollen! Alle anderen Fraktionen lehnten ab.

Grüne

Die Grünen haben nur im Ausschuss einen Entschließungsantrag eingebracht (19(15)470, BE, S. 28). Darin bemängeln sie, dass die Ergebnisse der Findungskommission nicht ausreichend umgesetzt seien, insbesondere weil die Verantwortlichkeiten der Betreiber von Vermittlungsplattform nicht ausreichend geregelt seien. Sie fordern eine eigene Kategorie für plattformbasierte Mietwagenverkehre, wollen für diese eine strenge Rückkehrpflicht und die gleichen Anforderungen an die Barrierefreiheit, wie sie für Taxen und den gebündelten Bedarfsverkehr gelten. Zusätzlich haben sie noch 10 andere Forderungen, u.a. Anonymisierung der Daten, Open Data.

Bewertung:

Eine eigene Kategorie für die Plattformen ist sinnvoll und das wollen wir auch! Mit ihrer Forderung 6 greifen sie implizit unsere Forderung aus dem ÄA auf, das Prinzip der Sozialverträglichkeit bei der Genehmigung von allen Mobilitätsdiensten, egal welcher Verkehrsart, gesetzlich zu fixieren. Interessant ist, dass sie die optionalen Vorausbuchungsfrist NICHT forderten. Dennoch haben wir zugestimmt, weil nichts unseren Forderungen entgegenstand.

Interessant ist nun, dass die Grünen dem Änderungsantrag der Koalition und dem Gesetz insgesamt zugestimmt haben. Wohl deswegen haben sie die ursprünglich angekündigten Änderungs- und Entschließungsantrag im Plenum nicht mehr eingereicht.

FDP

Die FDP hat wie wir einen Antrag zur 1. Lesung des Gesetzes dazu gelegt. In insgesamt 18 Forderungen (mit den Unterforderungen) legt die FDP einen Plan zur weitgehenden Deregulierung vor, der Markt soll es richten. Das ist von der FDP natürlich alles andere als neu, sondern war und ist genau so zu erwarten. Insbesondere greift die FDP die Forderungen der "neuen" Anbieter wie MOIA und UBER auf, für deren Angebote ebenfalls den ermäßigten Mehrwertsteuersatz zu erheben.

Des Weiteren hat die FDP gefordert:

- freie Preiswahl bei Taxen
- Deregulierung für die Bedarfsverkehre, Rückkehrpflicht für Mietwagen streichen
- Gleichstellung der privaten Pooling-Dienste und Mietwagen mit Taxen was die Nutzung von Busspuren betrifft

Im Ausschuss hat die FDP ebenfalls einen Änderungsantrag (19(15)466, BE, S. 23) eingebracht. Dieser enthält fünf Forderungen, u.a. soll die Weitergabe von Mobilitätsdaten auf die Anbieter des ÖPNV beschränkt werden, die mögliche Kontingentierung der Fahrzeuge des gebündelten Bedarfsverkehrs soll gestrichen werden und die Betriebs- und Beförderungspflicht für Taxen soll.

Und im Plenum hat die FDP zur 3. Lesung am 5.3. ebenfalls einen Änderungsantrag eingebracht, der sich etwas von dem im Ausschuss unterscheidet, aber ebenfalls die mögliche Kontingentierung der Fahrzeuge des gebündelten Bedarfsverkehrs und die Betriebs- und Beförderungspflicht für Taxen streichen will, wodurch Taxen den privaten Verkehren gleichgestellt werden würden.

Bewertung:

Den ermäßigten Mehrwertsteuersatz für private Mobilitätsanbieter lehnen wir ganz klar ab. Diese haben keine sog. Bedienpflicht haben wie der ÖPNV und die Taxen, sondern sie sich ihre Kunden und Betriebszeiten aussuchen können. Nur wer einen öffentlichen Auftrag erfüllt und sich diesem unterordnet, darf in den Genuss der ermäßigten Mehrwertsteuer kommen! Dr. Jan Schilling vom VDV sagte dazu in der Anhörung: „Für mich ist genau der verringerte Mehrwertsteuersatz das Privileg für

die Belastungen, die im Rahmen der Daseinsvorsorge dem ÖPNV und Taxi auferlegt worden ist. Das ist die gesetzliche Privilegierung mit dem verminderten Mehrwertsteuer-satz. Wenn ich nicht bereit bin, dieses Pflichtenprogramm auf mich zu nehmen, wüsste ich auch nicht, warum wir auf Steuereinnahmen verzichten sollen und dieses Privileg einer Form zuerkennen sollen, die eben genau diese Daseinsvorsorgeverpflichtung nicht erreichen möchte.“ GENAU!

Die freie Preiswahl für Taxen oder die Abschaffung der Betriebs- und Bedienpflicht würde bedeuten, das Taxen letztlich kein Teil des ÖPNV mehr wären, was sie noch sind, deswegen ist hier auch nur der ermäßigte Mehrwertsteuersatz fällig. Es würde bedeuten, dass UBER-Modell mit freier Tarifwahl (festgelegt werden im Gesetz (§51a, Abs. 1) nur „insbesondere Mindestbeförderungsentgelte“, damit es einen Abstand zum ÖPNV gibt!) auf Taxen zu übertragen, dass z.B. Sylvester das 100-fache gezahlt werden muss. Es würde dazu führen, dass sich Taxi- (und Mietwagen)-Fahren dann nur noch Besserverdienende leisten könnten. Wir brauchen aber ein öffentliches, bezahlbares Basisangebot! (dagegen setzt die FDP eine "temporäre Preishöchstgrenze", zur Schaffung von Akzeptanz ...). Der Ansatz des Gesetzes, die Regionalisierungsmittel auch für Taxi-Angebote im ländlichen Raum nutzen zu können, ist der richtige Weg. Ich bin das Gejammer leid, dass man sich einen guten öffentlichen Nahverkehr auf dem Land angeblich nicht leisten kann. Den kann man sich nämlich doch leisten, es kostet eben mehr als heute. Taxen zu subventionieren ist der beste Weg dafür, dass Menschen auch auf dem Land ohne eigenes Auto mobil sein können. Wenig überraschend, dass die FDP allein auf den Markt setzt. Dass sie damit sehr viele Menschen ausschließt, ist ihr anscheinend egal. Traurig.

Auch eine Ungleichbehandlung bei der Datenweitergabe lehnen wir kategorisch ab, weil dann nämlich private Unternehmen, Plattformen, Google etc. die öffentlichen Daten "abgreifen" könnten und die öffentlichen Unternehmen dann anders als die privaten keine eigenen Geschäfte mehr damit machen könnten, die wichtige Kundenbindung verlieren würden.

AfD

Die AfD hat im Ausschuss (19(15)469neu, BE, S. 27) und anschließend im Plenum einen identischen Entschließungsantrag eingebracht. Darin bemängelt sie (durchaus zutreffend!), dass das Gesetz den regulatorischen Flickenteppich nicht auflöst, weil Mietwagen nicht adressiert seien. Sie schlägt vor für plattformbasierte Mobilitätsangebote eine eigene Rechtskategorie zu schaffen. Ferner will sie aber auch die Rückkehrpflicht für alle Dienstleister abschaffen und für alle Anbieter den ermäßigten Mehrwertsteuersatz einführen.

Bewertung:

Die Abschaffung der Rückkehrpflicht für Mietwagen und gebündelte Bedarfsverkehre lehnen wir ab. Statt die Anforderungen für diese Kategorie zu senken, müssten sie erhöht werden in dem – wie von uns gefordert – eine Vorausbuchungsfrist festgesetzt werden KANN. Die Mehrwertsteuer zu senken für die privaten Anbieter lehnen wir ab (s.o., FDP).

Tricky von der AfD ist ihre erste Forderung, die weitgehend der der Grünen entspricht! Nur meint die AfD es ganz anders bzw. nicht wirklich „ernst“, wie die gleichzeitig geforderte Abschaffung der Rückkehrpflicht zeigt, man führt eine neue Kategorie ein, die aber nichts bewirkt, weil es keine Auflagen gibt...

Außerdem auch noch eine kleine gegen Immigranten gerichtete Spitze: der Erwerb des Personenbeförderungsscheins soll an das Sprachniveau B1 Deutsch (selbstständige Sprachverwendung Mittelstufe) gebunden werden.